„My body, my choice, my rights“ – Podiumsdiskussion zu § 219a

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Dornrosa e.V. Halle sowie der Frauenpolitische Runde Tisch in der Stadt Halle, planen eine Podiumsdiskussion zum § 219a. Es geht um den derzeitigen Stand und die vorausgegangene Diskussion um die Streichung des Paragrafen in den letzten Jahren, seit 2017 die Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel ihre Strafanzeige öffentlich machte. Damit stieß sie eine Debatte an, um die es leise geworden war: die sexuelle und reproduktiven Rechte und die Selbstbestimmung von Frauen.

Wir wollen über die juristische und politische Entwicklung diskutieren. Welche politischen Wege sind möglich? Auch wenn die Normenkontrollklage, die von den Parteien Grüne, Die LINKE sowie der FDP eingebracht werden sollte, durch den Rückzug der FDP nicht das nötige Quorum für die Klage erreichte.

Wir wollen darüber diskutieren, was die Reform des § 219a StGB bzw. der Kompromiss der Großen Koalition bedeutet. Und welche Folgen sich daraus für Frauen und Ärzt\*innen ergeben. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat zwar die Verurteilung der Gießener Ärztin, Kristina Hänel, wegen illegaler Werbung für Abtreibungen Anfang Juli zunächst aufgehoben und ans Landgericht Gießen zurückverwiesen. Kurz zuvor waren jedoch in Berlin zwei Ärztinnen wegen unzulässiger Werbung für Schwangerschaftsabbrüche zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Also was genau hat sich nun mit der Gesetzesnovelle ‚verbessert’?

Denn es geht zum einen um Frauenbilder und gesellschafts- und bevölkerungspolitische Fragen. Und es geht um gesundheitspolitische Fragen. Immer weniger Ärzt\*innen stehen zur Verfügung, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Patientinnen fahren zum Teil 200 Kilometer, um einen medizinisch professionellen Eingriff zu bekommen. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der Einrichtungen in Deutschland, die Abtreibung anbieten, von etwa 2000 auf 1200 zurückgegangen.

Dies ist einerseits dadurch zu erklären, dass erzkonservative, rückwärtsgewandte, reaktionäre Kräfte innerhalb der Gesellschaft Stimmung und Lobbyarbeit gegen Abtreibung machen. Und durch ihre Proteste vor Kliniken und Praxen werden nicht nur Frauen einschüchtert, beleidigt und stigmatisiert, sondern die selbsternannten Lebensschützer\*innen bedrohen Ärzt\*innen und hindern sie durch Klagewellen an der Ausübung ihrer Arbeit.

Der sich abzeichnende medizinische Versorgungsmangel ist zudem mit fehlendem Nachwuchs zu erklären. Wer will schon vor einer derartigen Bedrohungskulisse arbeiten? Warum sollten Ärzt\*innen in Ausbildung zusätzlich Kosten und Mühen auf sich nehmen, um die Zusatzausbildung und Praxis für die Eingriffe zu erwerben?

Da Schwangerschaftsabbrüche kein fester Bestandteil des Medizinstudiums sind bzw. in zwölf Semestern bestenfalls in nur etwa zehn Minuten behandelt werden, hat z.B. die *Initiative Medical Students for Choice* der Berliner Charité Workshops ins Leben gerufen. Aber es dürfte noch ein langer und steiniger Weg sein von der Theorie, im Lehrplan oder aus Eigeninitiative, bis in die Praxis und die Praxiserfahrung. Ist das also nur ein Weg für überzeugte Idealist\*innen?

Der Paragraf 219a widerspricht dem Informationsrecht von Frauen. Die Argumente sind vielschichtig, die Themenfelder überlappen sich vom Gesundheitsbereich über Familienpolitik(en) bis ins Juristische. Aber wir haben den Eindruck, es geht zu Lasten der betroffenen Frauen. Wir brauchen Lösungen und eine Stimme der Gegenöffentlichkeit.

Ablauf / Programm der Veranstaltungen

„My body, my choice, my rights“ – Teil I:

Interview / Fragerunde mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt zu § 219a  
Termine: 18.09.2019  
Zeit: 19 Uhr bis 21 Uhr

10 min. Input von Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

Fragerunde – Interviewformat

Was ist passiert seit 2017? Was waren die Ursachen? Welche Urteile sind gefällt worden? Mit welchen Folgen für die Frauen und für die Ärzt\*innen?   
Welche politischen Debatten wurden geführt? Mit welchen Argumenten?  
Was genau meint die Novellierung des 219a? Was genau ist anders? Welche Folgen hat das zum einen für schwangere Frauen und zum anderen für praktizierende Ärzt\*innen, die Abbrüche vornehmen?   
Und was ist jetzt bzw. in naher Zukunft zu erwarten?

*Eine Aufzeichnung der Interviews von Elke Prinz, Vorstand Dornrosa, Nutzung des Materials für ihre Radiosendung “FrauenLeben“ Radio Corax ist unter folgenden Links abrufbar:*

Stream  
[mp3.radiocorax.de/mp3/027\_FrauenLeben/2019\_09\_21\_1600\_FrauenLeben\_Paragraph\_219a.mp3](http://mp3.radiocorax.de/mp3/027_FrauenLeben/2019_09_21_1600_FrauenLeben_Paragraph_219a.mp3)

Download  
[mp3.radiocorax.de/download/027\_FrauenLeben/2019\_09\_21\_1600\_FrauenLeben\_Paragraph\_219a.mp3 .](http://mp3.radiocorax.de/download/027_FrauenLeben/2019_09_21_1600_FrauenLeben_Paragraph_219a.mp3)

„My body, my choice, my rights“ – Teil II: Podiumsdiskussion zu § 219a  
28.11.2019 (Termin in Planung), 17 bis 19 Uhr, Ort: Melanchthonianum, HS 15

Vorschläge für Teilnehmende an der Diskussionsrunde:

Inés Brock (DIE GRÜNEN), Eva von Angern (RA, Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt, MdL DIE LINKE) und Yana Mark (FDP); Dr. jur. Carina Dorneck, Dresden, Susanne Westphal, pro familia Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Dr. med. Florian Bruns, M.A. Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der MLU, NN, NN

Moderation: Nicole Thies, Vorstand Dornrosa e.V.

Podiumsdiskussion zu drei Leitfragen:

* Wie ist der derzeitige Diskussionsstand? Was ist vorausgegangen? Welche Positionen haben die einzelne Podiumsteilnehmerinnen? Um wen geht es: Um Frauen? Um Ärzt\*innen?
* Ersatzlose Streichung oder Kompromisslösung: Wie ist die gesellschaftspolitische Situation einzuschätzen? Wer sind die Akteur\*innen? Wie kann eine Gegenöffentlichkeit bzw. eine Lobby für das Informations- und Selbstbestimmungsrecht von Frauen hergestellt werden?
* Ersatzlose Streichung oder Kompromisslösung: Wie ist die politische Situation – was kann, mit wem und an welcher Stelle politisch bzw. auf Seiten der gesetzgebenden Gewalt bewegt werden? Ist die Frage allein eine bundespolitische oder was konkret kann auf Landesebene geschehen?